

Schutz vor Gewalt ist verbesserungsbedürftig

Zehnter Jahrestag des Gewaltschutzgesetzes/Antrag der LINKEN im Landtag abgelehnt

Nach wie vor suchen die wenigsten Frauen, die von ihren Männern misshandelt werden, Schutz im Frauenhaus oder bei anderen Hilfsangeboten. „Nur etwa jede zehnte Frau bundesweit geht in ein Frauenhaus, nur jede sechzehnte erstattet Anzeige bei sexueller Gewalt“, sagte Karola Stange, gleichstellungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, anlässlich des zehnten Jahrestages des Gewaltschutzgesetzes.

„Es ist gut, dass es dieses Gesetz gibt, aber es gibt noch viel zu tun – auch hier in Thüringen“, so die Abgeordnete. Daher war es Anliegen des LINKEN Antrags in der letzten Landtagssitzung, dass konkrete Zahlen für Thüringen vorgelegt werden und sich der Ausschuss intensiv mit den notwendigen Verbesserungen beschäftigt. „Leider wurden sowohl die Überweisung in den Ausschuss als auch der Antrag selbst durch CDU und SPD abgelehnt. Mit diesem Verhalten der Regierungsfractionen ist dem Anliegen ein Bärendienst erwiesen worden“, kritisierte Karola Stange und sprach von einem fatalen Signal.

„Die Probleme liegen auf dem Tisch, jetzt müssen Lösungen gefunden werden. Kinder und Jugendliche müssen in familiären Gewaltsituationen besser geschützt werden, Ärztinnen und Ärzte besser in die Informationsweitergabe eingebunden werden, die Situation von Migrantinnen muss besser beleuchtet werden.“

Es ist auch ein Problem, dass für manche Familienrichter der Zusammenhalt der Familie im Vordergrund steht und nicht so sehr der Schutz vor Gewalt“, stellte die LINKE-Politikerin fest. Sie verwies darauf, dass Kinder, die lange in Gewaltsituationen leben, lernen, diese länger zu ertragen oder

selbst zuzuschlagen. „So entstehen neue Gewaltfamilien, so wird das Problem von einer Generation zur nächsten vererbt.“

Die Landtagsfraktion der LINKEN wird sich mit der Verweigerungshaltung der Koalition nicht abfinden. „Wir werden das Thema auch weiter im Ausschuss zur Sprache bringen und darauf drängen, dass die anstehenden Probleme bearbeitet werden“, erklärte Karola Stange. „Solange jede vierte Frau von Gewalt betroffen ist, solange über 80 Prozent der Frauen von den bestehenden Hilfsstrukturen nicht erreicht werden, solange bleibt es Aufgabe der Politik, nach Wegen zum besseren Schutz von Frauen zu suchen.“

Schlagende Eltern sind oft überforderte Eltern

„In der Regel wollen Eltern ihre Kinder nicht schlagen“, hatte Matthias Bärwolff, Sozialpolitiker der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, anlässlich des internationalen Tages der gewaltfreien Erziehung am 30. April in einer Pressemitteilung betont. „Dennoch führen erzieherische und berufliche Überforderung noch zu oft dazu, dass Kinder mit körperlicher oder psychischer Gewalt zu Wohlverhalten genötigt werden sollen.“

Es sei gut, dass familiäre Gewalt gegen Kinder seit dem Jahr 2000 verboten ist. Dort, wo sie dennoch angewendet wird, müsse die Gesellschaft nach Wegen suchen, die Kinder zu schützen. Dazu gehörten sowohl Familien unterstützende und entlastende Leistungen als auch die verstärkte Aufmerksamkeit gegenüber einer Kindeswohlgefährdung.

„Dem Großteil der überforderten Eltern wäre mit Familien begleitenden Angeboten geholfen, wie längere Hort-

zeiten, Differenzzeitbetreuung bei Schicht-Diensten, zusätzlichen Sport- und Musikangebote in den Schulen, damit der elterliche Taxidienst nicht so oft gebraucht würde“, stellte Matthias Bärwolff fest. „Wichtig ist hier auch der Ausbau von Kitas zu Eltern-Kind-Zentren, in denen vor Ort und familiennah Elternarbeit intensiviert werden kann.“

Ausreichend Pflege- und Adoptivfamilien notwendig

Daneben gebe es auch grundsätzlich vom Leben überforderte Menschen, deren Erziehungsfähigkeit so eingeschränkt ist, dass die Kinder vor ihren eigenen Eltern geschützt werden müssen. „Aus echten Gewaltfamilien müssen Kinder herausgenommen werden. Dafür brauchen wir ausreichend Pflege- und Adoptivfamilien.“

Allerdings fehlen 50 Pflegefamilien in Thüringen. Diese könnten jedoch schlecht geworben werden, wenn es aufgrund personeller Engpässe keine ausreichende Betreuung der Pflegeeltern und Pflegekinder durch die Jugendämter gebe und Eltern finanziell deutlich schlechter gestellt seien als empfohlen.

„Es ist nicht nachvollziehbar, warum in Thüringen für eine Dreizehnjährige monatlich 156 Euro weniger bezahlt werden als vorgeschlagen“, kritisierte der Sozialpolitiker. Er bezog sich dabei auf Empfehlungen des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge.

„Alle Kinder müssen umfassend vor Gewalt geschützt werden“, so der Abgeordnete, der die Landesregierung aufforderte, den Ausbau der Eltern-Kind-Zentren schneller voran zu treiben und sich nicht auf die Bereitstellung von 50.000 Euro zu beschränken. Wichtig sei aber auch die Besserstellung von Pflegefamilien, in denen misshandelte Kinder liebevolle Aufnahme finden könnten. „Neben einer angemessenen finanziellen Unterstützung brauchen die Pflegeeltern vor allem bessere Betreuung durch die Jugendämter“, betonte der Abgeordnete.

DAS LETZTE ...

von **Stefan Wogawa**

Zukunft der Arbeit

Seit 2004 habe ich in Thüringen etliche Veranstaltungen mit dem in den USA lebenden Philosophen Frithjof Bergmann organisiert – die erste am 24.11.2004 während der Fraktionssitzung der damaligen PDS-Landtagsfraktion, am Abend noch eine an der FH Erfurt. Seit 2005 konnte ich mehrere Interviews mit ihm führen. Für eine Publikation habe ich mir kürzlich die teils umfangreichen Gespräche erneut vorgenommen.

Das Hauptthema von Bergmann ist seit mehr als 30 Jahren die Zukunft der Arbeit. Er möchte die Menschen von einer entfremdeten Lohnarbeit emanzipieren hin zu einer Arbeit, „die human und intelligent und sinnlich und fröhlich ist im Unterschied zu der (...), unter der wir leiden“ (Februar 2008). Seine „Neue Arbeit“, Anfang der 1980er Jahre erprobt im legendären Projekt in der US-Automobilstadt Flint, besagt (verkürzt dargestellt): viel stärker auf Selbstverwirklichung (und – mittels Hightech – auf Selbstversorgung) zu setzen als auf Konsum. Gerade für Arbeitslose regt er die Schaffung von Zentren für Neue Arbeit an.

Die Fragen sind aktueller denn je. Die Arbeitslosenquote in der Eurozone wird einer Prognose der EU-Kommission nach auf Rekordwerte ansteigen. Bereits jetzt ist der höchste Wert erreicht, seit die EU auf 27 Staaten erweitert wurde. Die Arbeitslosigkeit werde durch eine globale Krise weiter steigen, hatte Bergmann schon im Juni 2005 prognostiziert: „Was wir jetzt sehen, ist nur eine der ersten Windböen eines Orkans.“ Den „Wirtschaftswachstumswahnsinn“ lehnt er ab, ebenso allerdings bedingungslose Grundeinkommen.

Seine Erfahrungen aus globalen Aktivitäten: abseits der Alten Welt sind die Menschen viel aufgeschlossener. Schlimmer: Akzeptanz des Alten und Widerstand gegen Neues sind in Deutschland größer als anderswo. ■

Gute Arbeit für Behinderte

Mit Blick auf den europäischen Protesttag zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen am 5. Mai hatte Ina Leukefeld mehr Beschäftigung von behinderten Menschen auf dem ersten Arbeitsmarkt in Thüringen gefordert. Es sei nicht hinnehmbar, dass 6.500 Menschen mit Behinderungen im Freistaat offiziell arbeitslos gemeldet sind.

Aktuell hatte sich die Arbeitsmarktpolitikerin der Linksfraktion in der Oettinger-Brauerei Gotha auf Einladung des Landesbehindertenbeauftragten, Dr. Bockhausen, von den guten Erfahrungen mit der Inklusion in diesem Unternehmen überzeugen können. „Inklusion und gleicher Lohn für gleiche Arbeit sind dort bereits Realität.“ Allerdings sei dies in Thüringen eher die Ausnahme. Die fünfprozentige Pflichtquote der Beschäftigung von Men-

schen mit Behinderungen werde in Thüringer Unternehmen mit 4,4 Prozent nicht erfüllt. Die Linksfraktion wendet sich jetzt erneut mit einer Reihe von parlamentarischen Anfragen zur Beschäftigungssituation Behinderter in Thüringen an die Landesregierung und wird danach mit einem Antrag „Gute Arbeit für Menschen mit Behinderung und Handicap“ Vorschläge zur Verbesserung der Situation unterbreiten.

Menschen mit einer Behinderung sind gut ausgebildet. 85 Prozent haben einen beruflichen bzw. akademischen Abschluss, damit liegen sie sogar über dem Durchschnitt der Nichtbehinderten. Nicht zuletzt sei es im Sinne von Inklusion und wirklicher Gleichstellung längst nicht mehr zeitgemäß, die Betroffenen hauptsächlich in Behindertenwerkstätten zu beschäftigen. ■

IMPRESSUM

Der LINKE PARLAMENTSREPORT erscheint auf den Seiten 5 bis 10 in **UNSERE NEUE ZEITUNG**.

Herausgeber:

DIE LINKE. Fraktion im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Str. 1, 99096 Erfurt.

Redaktion:

Annette Rudolph (V.i.S.d.P.), Stefan Wogawa
Telefon: 0361 - 377 2325; Fax: 0361 - 377 2416
E-Mail: rudolph@die-linke-thl.de
Internet: www.die-linke-thl.de

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des PARLAMENTSREPORTS keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck von Beiträgen ist ausdrücklich erwünscht.